



©Amnesty International

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2020/12/airbnb-listing-company-is-deeply-compromised-by-israeli-settlement-properties/>

NEWS

10. Dezember 2020, 00:00 UTC

ISRAEL UND DIE BESETZTEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETE: Airbnb Börsengang: Unternehmen durch Touristikangebote aus israelischen Siedlungen „zutiefst kompromittiert“

Wie Amnesty international am 10. Dezember erklärte, muss Airbnb jetzt, wo es seinen Börsengang mit einer millionenschweren Erstemission (IPO / Initial Public Offering) vorbereitet, alle Unterkünfte, die rechtswidrig in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT / Occupied Palestinian Territories) errichtet wurden, aus seinem Angebot zurückziehen.

Das in San Francisco beheimatete Unternehmen verfügt über rund 200 Mietunterkünfte in den illegalen israelischen Siedlungen, die den Kern der systematischer Menschenrechtsverletzungen bilden, mit denen Palästinenser_innen konfrontiert sind.

Vor zwei Jahren noch, bevor Airbnb seine Entscheidung wieder revidierte, hatte das Unternehmen erklärt, es werde die Unterkünfte in den Siedlungen aus seinen Listen streichen.

In Reaktion auf [Berichte](#), dass Airbnb nun offiziell an der Börse als Aktiengesellschaft geführt sein wird, sobald die Erstemissionsdokumente in den USA eingereicht sind, sagte Saleh Higazi, der stellvertretende Leiter der Abteilung Nahost und Nordafrika von Amnesty International:

„Nach internationalem Völkerrecht sind diese Siedlungen ein Kriegsverbrechen. Airbnb muss sich zukünftigen Investoren gegenüber anständig verhalten und aufhören, von rechtswidrigen Siedlungen zu profitieren, die auf gestohlenem palästinensischem Land in den besetzten palästinensischen Gebieten gebaut sind.“

„Es ist beschämend, dass Airbnb eine der hauptsächlichen Ursachen für die systematischen Menschenrechtsverletzungen, denen sich Millionen Palästinenser_innen tagtäglich gestellt sehen, auch noch befördert und daraus profitiert.“

FEHLENDE TRANSPARENZ IN DEN DOKUMENTEN ZUR ERSTEMISSION

Zu Beginn des Jahres war Airbnb als eine von über 100 weltweiten Firmen in der [Datenbank](#) der Vereinten Nationen aufgelistet worden. Durch ihre geschäftlichen Aktivitäten sind diese Unternehmen in israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT /Occupied Palestinian Territories) involviert, wobei diese Siedlungen nach dem internationalen Völkerrecht als rechtswidrig gelten.

In Airbnbs [Registrierungserklärung](#) an die US-Börsenaufsicht SEC (Securities and Exchange Commission) im Vorfeld der Erstemission werden weder die geschäftlichen Aktivitäten der Firma in den israelischen Siedlungen noch die Tatsache erwähnt, dass Airbnb in der Datenbank der Vereinten Nationen erscheint. Diese Information fehlt in dem Kapitel über die „Risikofaktoren“ des Dokumentes, das Aktionäre über die rechtlichen, das Ansehen betreffende und andere Risiken in Kenntnis setzen soll.

Es wird erwartet, dass Airbnb-Aktien bei Investment- und Pensionsfonds auf der ganzen Welt Absatz finden werden. Das könnte bedeuten, dass sehr viele Menschen indirekt an Investitionen in Airbnb beteiligt wären, ohne die damit verbundenen Auswirkungen in vollem Umfang zu verstehen.

Die großen, weltweit tätigen Banken, die die Erstemission von Airbnb begleiten, darunter Goldman Sachs, Barclays Capital und Morgan Stanley, tragen auch eine Verantwortung dafür sicherzustellen, dass die Angaben im Börsenprospekt für die Aktionäre akkurat und korrekt sind.

DER BESCHÄMENDE GESINNUNGSWANDEL VON AIRBNB

Airbnb behauptet zwar, die Gewinne zu spenden, die das Unternehmen aus Geschäften über diese Angebote generiert, trotzdem wird diesen Unterkünften aber erlaubt, sich weiter bei Airbnb zu listen. Dadurch wird die Entwicklung der Tourismusindustrie illegaler Siedlungen unterstützt und ermöglicht, dass diese auf Kosten der Menschenrechte und der Lebensgrundlagen von Palästinenser_innen florieren können.

Im Januar 2019 hat Amnesty International einen [Bericht](#) mit dem Titel Destination Occupation (Zielort Besatzung) veröffentlicht, der beschreibt, wie Airbnb, TripAdvisor, Expedia und Booking.com systematische Menschenrechtsverletzungen an der palästinensischen Bevölkerung befördern, indem sie Hunderte Unterkünfte und Freizeitangebote in israelischen Siedlungen auf besetztem palästinensischem Land und auch in Ostjerusalem, auf ihren Webseiten bewerben.

Im vergangenen Jahr hatte Airbnb [verkündet](#), man werde die Einträge für 200 Mietunterkünfte in israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT), die „im Kern des Disput zwischen Israelis und Palästinensern stehen“, entfernen und nur die Angebote aus Ostjerusalem weiter bestehen lassen. Nach Aussage der Firma war einer der Grundsätze, anhand dessen sie diese Entscheidung getroffen hatte, „festzustellen, ob das Vorhandensein der Einträge zu bestehenden menschlichen Leidenssituationen beiträgt oder nicht“.

Schändlicherweise [revidierte](#) Airbnb diese Entscheidung im April 2019 jedoch wieder, nachdem sich die Firma mit einer Reihe von Gerichtsprozessen konfrontiert sah, und erklärte, man werde die Einträge erlauben, aber „keine Gewinne aus den Aktivitäten in dieser Region für sich vereinnahmen“.

SIEDLUNGSEXPANSIONEN BEFÜRCHTET

Da im Jahr 2020 der Bau Tausender neuer Wohneinheiten angekündigt wurde, stehen jetzt Befürchtungen im Raum, dass die israelischen Siedlungen auf palästinensischem Boden weiter ausgebaut werden. Weithin wird angenommen, dass die aktuelle Welle im Siedlungsbau die breite politische Unterstützung widerspiegelt, die die israelischen Behörden unter der US-Präsidentschaft von Donald Trump erfahren haben.

Im November [besuchte](#) US-Außenminister Mike Pompeo ein Weingut in der israelischen Siedlung Psagot. Es war das erste Mal, dass ein Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika je eine israelische Siedlung

besucht hat. Die Reise war auf Pompeos [Ankündigung](#) aus dem November 2019 gefolgt, dass die USA die israelischen Siedlungen nicht länger als völkerrechtswidrig betrachten.

Die Vorschläge zum Ausbau der Siedlungen finden in einer Zeit statt, in der das israelische Militär die OPT (Occupied Palestinian Territories / besetzte palästinensische Gebiete) schon seit über einem halben Jahrhundert besetzt hält. Während dieses Zeitraums wurden mehr als 50.000 palästinensische Wohnhäuser und andere Gebäude abgerissen und Zehntausende Palästinenser_innen gezwungen ihre Wohnorte zu verlassen.

An ihrer Stelle sind über 600.000 Israelis ins Land gelassen worden, die sich in einer der rund 250 illegalen Siedlungen niederlassen durften, die zu genau diesem Zweck errichtet wurden. Viele dieser Siedlungen sind mit einem allein den Siedlern vorbehaltenen Straßennetz umgeben und werden von militärischen Kontrollpunkten geschützt.

In den letzten 50 Jahren wurden ungefähr 1.000 Quadratkilometer palästinensischen Bodens von israelischen Siedlern eingenommen und enteignet.

Das hat sich verheerend auf die palästinensischen Rechte auf einen angemessenen Lebensstandard, auf Arbeit, Unterkunft, Gesundheit und Bildung ausgewirkt und die palästinensische Wirtschaft nach und nach verkrüppelt.

„Kein Unternehmen sollte an Menschenrechtsverstößen beteiligt sein, und solange Airbnb seine Geschäftsbeziehungen zu den israelischen Siedlungen weiter fortsetzt und diese nicht beendet, wird es dadurch zutiefst kompromittiert bleiben,“ sagte Saleh Higazi.